



## **Interessenkonflikte entschärfen, flächendeckende Grundversorgung erhalten und Mitsprache ausbauen**

**Referat von Barbara Gysi, Nationalrätin (SG) und Vizepräsidentin der SP Schweiz**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Das Lobbying in den SGK's ist enorm. Ein Drittel der SGK-N Mitglieder hat ein Mandat im Krankenversicherungswesen. Auch die Gesundheitsversorgung, Forschung und Pharma sind direkt verbandelt und machen ihre Interessen geltend. Entscheide werden darum nicht mehr unabhängig gefällt. Ausstandsregelungen im Parlament wie sie in anderen Bereichen mit massgeblicher Bundesfinanzierung verlangt werden, kommen hier nicht zur Anwendung. Das ist falsch und wird von uns mit einer Motion verlangt.

### **Besitzverhältnisse entflechten**

Die Zunahme von ambulanten Gruppenpraxen von Versicherer oder Spitälern ist kritisch zu hinterfragen. Wenn sie insbesondere dazu dienen Geld damit zu verdienen und lukrative PatientInnen zu rekrutieren, so muss das unterbunden werden. Eine Entflechtung der Besitzverhältnisse ist darum Pflicht. Die Gesundheitsrichtungen gehören in die Hände von Medizinal- und Gesundheitsfachpersonen. Krankenkassen sollen keine Gruppenpraxen führen und Spitäler nur, wenn sie in ländlichen Regionen der Grundversorgung dienen, nicht aber der Patientenselektion.

### **Flächendeckende Grundversorgung in allen Regionen**

Dem abzeichnenden Ärztemangel kann mit Gruppenpraxen und Netzwerken begegnet werden und so auch den geänderten Bedürfnissen der jüngeren und weiblicheren Generation von ÄrztInnen (zb. Vereinbarung Beruf und Familie) begegnet werden. Zu einer guten Grundversorgung gehören auch Regionalspitäler, Spitex und therapeutische Angebote. Desweiteren müssen auch Angebote für Angehörige und Freiwillig tätige eingebunden sein und unterstützt werden. Eine gute Grundversorgung hilft Kosten dämmen, denn diese PatientInnen suchen nicht gleich Spezialisten auf.

### **Stärkung der Mitbestimmung von PatientInnen und Personal**

Reine Managementgesteuerte Entscheide werden oft an den Bedürfnissen der PatientInnen vorbei und auf dem Buckel des Personals getroffen. Wir fordern mehr öffentliche und nicht gewinn-orientierte Angebote und Investitionen im Gesundheitswesen wie auch mehr demokratische Mitbestimmung, sei es bei Investitionsentscheiden, Angebotsentwicklungen wie auch bei der Führung insgesamt. Damit wird das Gesundheitswesen als Service Public gestärkt.